Deutscher Bundestag **Drucksache 21/7713**

21. Wahlperiode 25.08.2026

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dario Seifert, Stephan Protschka, Peter Felser, Julian Schmidt, Danny Meiners, Bernd Schuhmann, Christian Reck, Bernd Schattner, Stefan Schröder, Lars Schieske, Enrico Komning, Steffen Janich, Dr. Michael Blos und der Fraktion der AfD

Mögliche Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung deutscher Aquakulturbetriebe

Im Jahr 2025 haben die Aquakulturbetriebe in Deutschland rund 16 600 Tonnen Fisch erzeugt (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/06/PD26_188_41362.html). Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, sank die Fischerzeugung damit gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,2 Prozent oder 200 Tonnen. Damit setzt sich der Abwärtstrend der letzten Jahre fort, denn sowohl die Anzahl der Betriebe als auch ihre Produktionsmenge gehen zurück. Im Vergleich zum Jahr 2020 sank die Zahl der Aquakulturbetriebe um 349 (www.praxis-agrar.de/service/infografiken/aquakultur). Die Produktionsmenge ging im Vergleich zum Durchschnitt der vorigen fünf Jahre um rund 1 100 Tonnen oder 6,3 Prozent zurück (ebd. www.praxis-agrar.de). Der Selbstversorgungsgrad bei Fisch allgemein sank im Jahr 2025 verglichen mit dem Vorjahr 2024 um 3,4 Prozentpunkte auf 17,3 Prozent (www.bmel-statistik.de/ernaehrung/versorgungsbilanzen/fisch).

Aquakultur ist weltweit betrachtet ein immer wichtiger werdender Teil der Ernährungssicherung. Sie ist eine sehr ressourceneffiziente und nachhaltige Form der Produktion tierischer Proteine. Daraus ergeben sich auch für die Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft neue wirtschaftliche Chancen. Deutschland importiert rund 90 Prozent seines Bedarfs an Fisch und Meeresfrüchten, obwohl das Land zu den größten Verbrauchern dieser Erzeugnisse in Europa zählt (www.rentenbank.de/presse/Weniger-Importabhaengigkeit-mehr-Ernaehrungssicherheit-Studie-von-Rentenbank-und-Hatch-Blue-zeigt-erheblich es-Potenzial-fuer-Aquakultur-in-Deutschland/). Die heimische Aquakulturproduktion sei im europäischen Vergleich kaum entwickelt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die die Unternehmensberatung Hatch Blue im Auftrag der Landwirtschaftlichen Rentenbank erstellt hat. Die Förderbank stellte die Untersuchung mit dem Titel „Die blaue Zukunft gestalten: Deutschlands Rolle in der europäischen Aquakultur-Technologie“ am 7. Mai 2026 in Frankfurt vor (ebd. www.rentenbank.de). In Deutschland bremsen der Studie zufolge vor allem hohe Energiekosten, komplexe Regulierung und Fachkräftemangel den Ausbau des Sektors. Zugleich verfüge das Land über eine starke Forschungslandschaft und technologische Expertise, die bislang nicht ausreichend genutzt werde. Die Studie skizziert nach Angaben der Rentenbank mehrere Handlungsfelder, um ein weiteres Verschwinden deutscher Aquakulturbetriebe zu verhindern. Demnach solle Deutschland seine Stärken in Forschung und Entwicklung nutzen, um sich als Exporteur fortschrittlicher Aquakulturtechnologien zu positionieren. Zudem müsse der Schritt von der Forschung zur kommerziellen Anwen-

dung besser gelingen, etwa durch die Förderung von Start-ups aus dem universitären Umfeld. Im Bereich Finanzierung empfiehlt die Studie unter anderem zinsgünstige Darlehen und staatlich abgesicherte Garantien. Darüber hinaus fordert sie eine Vereinfachung der Regulierung durch einheitliche Genehmigungsverfahren und bundesländerübergreifende Leitlinien.

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD das Ziel gesetzt, Binnenfischerei und Teichwirtschaft zu unterstützen (www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf, S. 40).

Die Fragesteller sind daran interessiert, zu erfahren, mit welchen Strategien und Maßnahmen dieses Vorhaben im Rahmen der deutschen Aquakultur stattfinden soll und inwiefern die vorgestellten Handlungsfelder der Studie „Die blaue Zukunft gestalten: Deutschlands Rolle in der europäischen Aquakultur-Technologie“ dabei einen Impuls – vor allem zum Bürokratieabbau – geben könne.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Bedeutung misst die deutsche Bundesregierung der deutschen Aquakultur bei?
2. Liegen der Bundesregierung die ersten beiden Quartalszahlen für das Jahr 2026 über die Anzahl noch tätiger deutscher Aquakulturbetriebe vor?
   a) Wenn ja, wie haben sich die Zahlen im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahr und wie im Vergleich zum Jahr 2020 entwickelt (bei Zuwachs oder Abnahme bitte detailliert aufschlüsseln, um welche Art von Aquakulturbetrieb es sich dabei handelt)?
   b) Wenn nein, warum hat die Bundesregierung keine Kenntnis über aktuelle Betriebszahlen deutscher Aquakulturbetriebe?
3. Ist der Bundesregierung die Studie „Die blaue Zukunft gestalten: Deutschlands Rolle in der europäischen Aquakultur-Technologie“ (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) und somit auch der Befund, dass Deutschland trotz hoher technologischer Kompetenz rund 90 Prozent seines Bedarfs an Fisch und Meeresfrüchten importieren muss, bekannt?
   a) Wenn ja, hat sie darauf aufbauend bereits einen Handlungsleitfaden für ihr eigenes politisches Wirken erarbeitet, und wann ist im Sektor der deutschen Aquakultur mit ersten Schritten und Maßnahmen zu rechnen?
   b) Wenn nein, warum hat sie keine Kenntnis von der Studie (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller), und welche strategischen Ziele verfolgt sie stattdessen zur Senkung der Importabhängigkeit?
4. Plant die Bundesregierung die Einführung nationaler, bundesländerübergreifender Regelungen für die Aquakultur, um die in der Studie kritisierte Komplexität und Heterogenität der Genehmigungsprozesse zu reduzieren?
   a) Wenn ja, wie sehen diese Regelungen aus, und ab wann ist mit einem ersten Entwurf zu rechnen?
   b) Wenn nein, warum möchte die Bundesregierung keine vereinfachten länderübergreifenden Genehmigungsprozesse, und wie möchte sie gegebenenfalls stattdessen für Bürokratieabbau sorgen?

5. Unternimmt die Bundesregierung konkrete Schritte, um Genehmigungsverfahren für Aquakulturanlagen in Deutschland zu standardisieren und zu beschleunigen, um Investoren mehr Planungssicherheit zu bieten, und wenn ja, welche sind das?
6. Inwieweit sieht die Bundesregierung die Nutzung von Abwärme (z. B. aus Biogasanlagen) als zentralen Hebel für die Wirtschaftlichkeit von Aquakulturen an, und sind seitens der Bundesregierung regulatorische Erleichterungen geplant, um Kreislaufsysteme in der Aquakultur stärker zu integrieren?
7. Hat sich die Bundesregierung zu der Empfehlung der Studie (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller), staatlich abgesicherte Garantien und spezielle Infrastrukturfinanzierungen für investitionsintensive Aquakultur-Start-ups einzuführen, um die Skalierung zur kommerziellen Marktreife zu unterstützen, eine eigene Auffassung gebildet, und wenn ja, wie lautet diese?
8. Plant die Bundesregierung die Schaffung eines speziellen Förderfonds für die Frühphase von Unternehmen im Bereich der „Blue Economy“, um die in der Studie identifizierte Finanzierungslücke zu schließen, und wenn ja, welche neuen Finanzhilfen sollen geschaffen werden?
9. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung gegebenenfalls, um die exzellente deutsche Forschungslandschaft im Bereich Aquakultur besser mit der Privatwirtschaft zu vernetzen und den Transfer von der Forschung in marktreife Start-ups zu beschleunigen?
10. Fördert die Bundesregierung die Integration von unternehmerischem Denken in universitäre Studiengänge mit Bezug zur Meeresforschung und Aquakultur, wie es die Studie empfiehlt?
    a) Wenn ja, wie macht sie das?
    b) Wenn nein, warum nicht, und wie will sie stattdessen vorgehen?
11. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit für spezifische Fachkräfte-Qualifizierungsprogramme im Bereich Aquakulturtechnik, um dem in der Studie genannten Fachkräftemangel entgegenzuwirken (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
    a) Wenn ja, wie wird sich die Bundesregierung hierbei beteiligen, oder tut sie es bereits?
    b) Wenn nein, wie möchte sie gegebenenfalls stattdessen dem existierenden Fachkräftemangel im Aquakultursektor begegnen?
12. Wie will die Bundesregierung die im Vergleich zum europäischen Ausland hohen Energiekosten für deutsche Aquakulturbetriebe gegebenenfalls abfedern, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produktion zu sichern?
13. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Aquakultur im Rahmen der nationalen Ernährungsstrategie für die Versorgung der Bevölkerung mit ressourceneffizienten tierischen Proteinen bei?
14. Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung vor, wenn sie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD darlegt, dass sie sich das Ziel gesetzt hat, Binnenfischerei und Teichwirtschaft zu unterstützen (ebd. www.koalitionsvertrag2025.de, vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

15. Was sind nach Kenntnisstand der Bundesregierung die größten Treiber für den sich seit dem Jahr 2020 fortsetzenden Abwärtstrend bei der Anzahl deutscher Aquakulturbetriebe, und mit welchen Maßnahmen möchte sie gegebenenfalls unterstützen, diese Entwicklung umzukehren (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

16. Was sind nach Informationsstand der Bundesregierung die stärksten Auslöser dafür, dass die Produktionsmenge deutscher Aquakulturbetriebe im Vergleich zum Durchschnitt der vorigen fünf Jahre seit 2020 um rund 1 100 Tonnen oder 6,3 Prozent zurückgegangen ist, und mit welchen Maßnahmen möchte sie gegebenenfalls einen Kurswechsel einleiten (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

17. Plant die Bundesregierung, den Selbstversorgungsgrad mit Fisch, Meeresfrüchten und anderen Fischereierzeugnissen gezielt durch mehr Inlandsanlandungen und Fänge der Binnenfischerei anzuheben?

    a) Wenn ja, wie will sie ihr politisches Vorgehen zur Anhebung des Selbstversorgungsgrades konkret gestalten?

    b) Wenn nein, warum möchte die Bundesregierung den Abwärtstrend beim Selbstversorgungsgrad mit Fisch nicht aufhalten?

Berlin, den 20. August 2026

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333